

Landratsamt Landkreis Leipzig
Amt für Rechts-, Kommunal-, Ordnungsangelegenheiten
Sachgebiet allgemeine Ordnungsaufgaben
Staufenbergstraße 4
04552 Borna

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 34f Absatz 1 Gewerbeordnung (GewO)^{Stand 2019}

Finanzanlagenvermittler

Antragsteller/in: Natürliche Person/Geschäftsführender Gesellschafter einer Personengesellschaft
(z. B. GbR, OHG)

1. Antragsteller/in

Familienname		Vorname (Rufname bitte unterstreichen)	
Geburtsname (nur bei Abweichung)		Geburtsdatum	
Geburtsort		Staatsangehörigkeit	
Anschrift derzeitiger Hauptwohnsitz (Straße, Hausnummer)			
PLZ		Ort	
Telefon	Fax		E-Mail

 Hauptwohnsitze in den letzten fünf Jahren (von – bis, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

2. Angaben zum Unternehmen

2.1

Ggf. Unternehmensbezeichnung bzw. im Handelsregister eingetragener Name mit Rechtsform (nur auszufüllen, soweit Eintragung vorliegt)	
Handelsregistergericht und -nummer (nur auszufüllen, soweit Eintragung vorliegt)	
Straße, Hausnummer der Hauptniederlassung	
PLZ	Ort

Telefon	Fax	E-Mail
---------	-----	--------

-  Gewerbliche Niederlassungen in den letzten fünf Jahren (von – bis, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

2.2 Stellen Sie eine/n Betriebsleiter/in ein oder wird eine Zweigniederlassung Ihres Betriebes von einem/einer Beauftragten geleitet?

nein

ja Falls ja, bitte Name, Vorname und Wohnanschrift angeben:

3. Angaben zum Umfang der Erlaubnis

Beantragt wird die Erlaubnis als Finanzanlagenvermittler nach § 34 f GewO Absatz 1 Satz 1 GewO für die Beratung und Vermittlung von:
(zutreffendes bitte ankreuzen)

Nr. 1

Anteile oder Aktien an inländischen offenen Investmentvermögen, offenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen offenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen,

Nr. 2

Anteile oder Aktien an inländischen geschlossenen Investmentvermögen, geschlossenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen,

Nr. 3

Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Absatz 2 VermAnlG.

4. Angaben zu Zuverlässigkeit und Vermögensverhältnissen

4.1 Angaben zu anhängigen Straf-, Bußgeld- oder Gewerbeuntersagungsverfahren in den letzten fünf Jahren

Ist oder war gegen Sie oder den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten ein Strafverfahren anhängig?

ja nein

Wird oder wurde gegen Sie oder den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten ein Bußgeldverfahren wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit betrieben?

ja nein

Ist oder war gegen Sie oder den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten ein Gewerbeuntersagungsverfahren anhängig?

ja nein

- Wenn vorstehend ja, bei welcher Staatsanwaltschaft, welchem Gericht oder welcher Behörde?

4.2 Angaben zu den Vermögensverhältnissen

Ist über Ihr Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet?

ja nein

Oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden?

ja nein

Haben Sie eine Vermögensauskunft gemäß § 802c ZPO abgegeben

ja nein

Oder liegt eine entsprechende Haftanordnung gemäß § 802g ZPO vor?

ja nein

Liegt eine Eintragungsanordnung in das Schuldnerverzeichnis nach § 882b ZPO vor?

ja nein

5. Angaben zu gewerberechtlichen Erlaubnisverfahren:

Haben Sie bereits bei einer anderen Stelle einen Antrag auf Erlaubnis nach § 34f Absatz 1 Satz 1 GewO gestellt?

Nein

Ja Falls ja, bei:

Sind Sie bereits im Besitz einer weiteren Erlaubnis zur Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit (z. B. nach § 34c, § 34d, § 34h, § 34i GewO) oder haben Sie eine solche Erlaubnis beantragt?

Nein

ja

Falls ja, welche Erlaubnis, Ausstellungsdatum und zuständige Stelle:

6. Erforderliche Angaben und Unterlagen

6.1 Der/ die Antragsteller/in hat einen Sachkundenachweis für Finanzanlagenvermittler durch Vorlage einer geeigneten Bescheinigung

der erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung

oder

einer gleichgestellten Berufsqualifikation gemäß § 4 FinVermV

vorzuweisen.

Der oben benannte Sachkundenachweis:

ist beigelegt

wird nachgereicht

6.2 Die juristische Person hat eine Versicherungsbestätigung über eine Berufshaftpflichtversicherung für Finanzanlagenvermittler gemäß § 34 f Absatz 2 Nr. 3 GewO i. v. m. §§ 9 ff. FinVermV vorzulegen.

Die oben benannte Versicherungsbestätigung:

ist beigelegt

wird nachgereicht

6.3 Für die Bearbeitung des Antrags sind folgende Unterlagen erforderlich:

6.3.1 Auskunft aus dem Bundeszentralregister zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart O)

- für den/die Antragsteller/in und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

beantragt am _____ wird nachgeholt

6.3.2 Auskunft aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart 9)

- für den/die Antragsteller/in und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

beantragt am _____ wird nachgeholt

Hinweis:

Die Auskünfte sind bei der Wohnsitzgemeinde zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen, d. h. sie werden direkt übersandt. Es ist unerlässlich, dass Sie bei der Beantragung die genaue Anschrift der zuständigen Erlaubnisbehörde sowie den Verwendungszweck „Antrag auf Erlaubnis nach § 34f Absatz 1 Satz 1 GewO“ angeben. Die Auskünfte dürfen nicht älter als drei Monate sein.

Alternativ besteht die Möglichkeit, diese Dokumente online mit Hilfe des elektronischen Personalausweises, eines Kartenlesegerätes, der installierten „AusweisApp2“ sowie ggf. eines digitalen Erfassungsgerätes (Scanner oder Digitalkamera) zum Hochladen von Nachweisen zu beantragen. Die Online-Ausweisfunktion des Ausweisdokuments muss freigeschaltet sein. Weitergehende Informationen sowie das Online-Portal zur Antragstellung finden Sie über den folgenden Link: www.bundesjustizamt.de → Themen → Bürgerdienste → Führungszeugnis bzw. Gewerbezentralregister → Online-Antrag → Online-Portal → Führungszeugnis beantragen bzw. Auskunft aus dem Gewerbezentralregister beantragen.

6.3.3 Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes

- für den/die Antragsteller/in und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

Hinweis:

1. Die Bescheinigung darf nicht älter als drei Monate sein und ist im Original zu vorzulegen.
2. Ausnahme: Bayern.

6.3.4 Auszüge aus dem Schuldnerverzeichnis des Zentralen Vollstreckungsgerichts (§ 882b ZPO)

Hinweis:

Die Auskunft ist nur über: www.vollstreckungsportal.de einzuholen.

6.3.5 Negativbescheinigung des zuständigen Insolvenzgerichts, zur Insolvenzfreiheit und § 26 Absatz 2 InsO a. F.

Hinweis:

Zuständiges Insolvenzgericht: Amtsgericht Leipzig

6.3.6 Auszug aus dem Handelsregister, soweit Eintragung vorliegt (aktuelle Kopie)

HINWEIS:

Das Landratsamt Landkreis Leipzig erhebt bei Antragstellung einen Kostenvorschuss in Höhe des, in Vorbereitung auf die Erteilung einer Erlaubnis, anfallenden Verwaltungsaufwandes.

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Die erfragten personenbezogenen Daten werden zur weiteren Bearbeitung benötigt. Ihre Erhebung erfolgt gemäß § 13 Bundesdatenschutzgesetz, den einschlägigen landesrechtlichen Datenschutzvorschriften und § 34 f GewO.

Ich versichere die Richtigkeit und Aktualität der vorstehenden Angaben.

Ort, Datum:

Unterschrift:
